18. 02. 88

## **Antrag**

des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN

## Keine Verwendung tropischer Hölzer in bundeseigenen Einrichtungen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, keinerlei Haushaltsmittel für die Verwendung der Beschaffung tropischer Hölzer zu verausgaben.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, alle mit der Durchführung von Baumaßnahmen betrauten Dienststellen des Bundes anzuweisen, auf die Verwendung tropischer Hölzer zu verzichten.

Bonn, den 18. Februar 1988

## Volmer

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

## Begründung

Die Bundesrepublik Deutschland importiert jährlich ca. 2 Millionen Kubikmeter Tropenholz. Dieses Holz wird u. a. in bundeseigenen und kommunalen Einrichtungen beim Innenausbau (Fensterrahmen, Fußleisten etc.), im Straßenbau (Lärmschutz), im Hochund Tiefbau, in Garten- und Friedhofsämtern und als Weichenschwellen bei der Deutschen Bundesbahn verwendet. Trotz der bekannten Folgen der Vernichtung tropischer Regenwälder (Vertreibung der einheimischen Bevölkerung, Zerstörung der Artenvielfalt, Veränderungen des Klimas, Erosion, Überschwemmungen usw.) hat die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1986 die Einfuhr tropischer Hölzer um 5 Prozent gesteigert. Wertmäßig liegen die Holzimporte je nach Dollarkurs zwischen 450 und 500 Millionen DM.

Auch wenn die Einfuhren tropischer Hölzer am gesamten Holzverbrauch der Bundesrepublik Deutschland nur einen geringen Anteil ausmachen, sind die Waldbestände einiger der Hauptlieferländer tropischen Holzes in die Bundesrepublik Deutschland bedroht (Elfenbeinküste, Gabun, Malaysia). In Zaire, das 10 Prozent der tropischen Waldbestände der Welt beherbergt, haben sich bundesdeutsche Holzfirmen Einschlagkonzessionen für Tausende von Hektar Tropenwald gesichert. Über Finanzielle und Technische Zusammenarbeit aus dem Haushalt für Entwicklungshilfe werden Sägewerke und technisches Personal sowie die Erschließungskosten (Straßen, Hafenausbau) finanziert. Wiederaufforstungsprogramme erfolgen häufig nicht mit standortgerechten, sondern mit schnellwachsenden Baumarten (Eukalyptus, Pinien). Das Holz aus diesen Holzplantagen wird meist unverarbeitet (Rundholz) oder als Schnittholz (niedriger Verarbeitungsgrad) oder als Furniere exportiert, so daß der Nutzen für die jeweiligen Volkswirtschaften geschweige denn für die lokale Bevölkerung in den Einschlaggebieten relativ gering ist.

Die Bundesregierung ist damit direkt mitverantwortlich für die Zerstörung tropischer Regenwälder. Mit einem Verzicht auf die Verwendung tropischer Hölzer in bundeseigenen Einrichtungen könnte die Bundesregierung einen beispielhaften Beitrag für die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zum Konsumverzicht und zum Erhalt der tropischen Regenwälder leisten.